



Haus & Grund[®]
Eigentum. Schutz. Gemeinschaft.
Rheinland-Pfalz

**Freie
Demokraten**

Landesverband
Rheinland-Pfalz **FDP**

Eigentum schützen – Wohnungsmarkt stärken!

Gemeinsame Erklärung des Landesverbandes Haus & Grund Rheinland-Pfalz e.V. und der FDP Rheinland-Pfalz

Das Wohneigentum ist für viele Menschen der Inbegriff von Sicherheit und Wohlstand. Der Besitz einer Immobilie vermittelt den Menschen ein Stück weit Sicherheit und Geborgenheit und trägt auch zur sozialen Stabilität der Gesellschaft bei. Der Erwerb einer Immobilie ist für viele Bürgerinnen und Bürger nach wie vor ein fester Bestandteil ihrer Lebensplanung. Es ist für den Frieden und den Zusammenhalt der Gesellschaft wichtig, dass der Erwerb von Wohneigentum ein für möglichst viele Menschen erreichbares Ziel bleibt.

Wir sehen viele politische Entscheidungen, die in der Vergangenheit getroffen wurden mit Sorge. So erschwert die Erhöhung der Grunderwerbsteuer im Lande und der Grundsteuer in vielen Kommunen nicht nur den Erwerb von Wohneigentum, sie wirkt sich auch preistreibend auf das Mietniveau aus. Dieses steht in Widerspruch zu dem erklärten Ziel, die Mieten zu senken. Stattdessen schöpfen hier viele Kommunen aus dem Vollen und belasten so Eigentümer und Mieter gleichermaßen. Jede Grundsteuererhöhung verteuert auch für Mieter das Wohnen.

Gerade in der Wohnungspolitik ist das Bewusstsein für das Funktionieren der Marktwirtschaft verloren gegangen. Die Mieten sinken, wenn das Angebot an Wohnungen steigt. Die von der Landesregierung beschlossene Kappungsgrenze begrenzt zwar den Mietanstieg bei Bestandswohnungen, gleichzeitig macht sie aber Investitionen in Wohnraum unattraktiver, so dass weniger Wohnungen gebaut werden und die Mieten langfristig sogar noch höher steigen. Dies gilt auch für die beabsichtigte Mietpreisbremse bei Neuvermietungen. Wir fordern stattdessen die Förderung sowie Entbürokratisierung des Wohnungsbaus. Vorschriften, die geeignet sind, den Wohnbau zu verteuern, müssen auf den Prüfstand. Die Änderung der Landesbauordnung verfolgt leider einen gegensätzlichen Ansatz. Der Entwurf der Landesregierung enthält viele Bestimmungen, welche den Wohnungsbau verteuern und damit letztendlich die Mieten erhöhen.

Gleiches gilt für die Nebenkosten, die oft fälschlicherweise als zweite Miete bezeichnet und die zu 70 Prozent durch Gesetze, Verordnungen und Satzungen von Bund, Ländern und Kommunen allein bestimmt werden. Das gilt neben der Grundsteuer vor allem für die Kosten für Trinkwasser, für die Abwasserentsorgung, die Straßenreinigung, die Stromkosten sowie für Heizung und Warmwasser.

- Wir fordern im Wohnungsbau eine Politik, welche den marktwirtschaftlichen Realitäten Rechnung trägt.
- Wir wollen den Wohnungsbau entbürokratisieren, damit Wohnungen schneller und günstiger gebaut werden können.
- Wir erwarten, dass die Landesregierung alle gesetzgeberischen Maßnahmen unterlässt, die geeignet sind, den Wohnungsbau und damit die Mieten zu verteuern.
- Wir möchten, dass der Erwerb von Wohneigentum für möglichst viele Menschen ein realistisches Ziel bleibt und fordern deshalb eine steuerliche Entlastung der Bürgerinnen und Bürger, zum Beispiel durch einen Abbau der kalten Progression.
- Wir fordern Planungssicherheit für Immobilienbesitzer, damit deren Bereitschaft in Wohnraum zu investieren nicht gesenkt wird und weiter in Wohnungen investiert wird. Nur so werden sich die Mieten langfristig senken lassen.